



Simonetta Sommaruga ist erneut Bundespräsidentin. Im Gespräch verrät die SP-Magistratin, was sie von der Klimajugend hält, warum sie den Bus dem Dienstwagen vorzieht und wo die Migros noch ehrgeiziger sein könnte.

Text: Kian Ramezani, Franz Ermel Bilder: Severin Nowacki

Frau Bundespräsidentin, die Schweiz zählt zu den reichsten Ländern der Welt und verbraucht eine Unmenge an Ressourcen. Leben wir über unsere Verhältnisse? Wir leben zweifelsohne auf grossem Fuss. Die Herausforderung besteht darin, unseren Wohlstand zu bewahren, ohne dabei die Umwelt noch mehr zu zerstören. Aber wenn wir es klug anstellen, ist das möglich. Klimaschutz und eine starke Wirtschaft passen gut zusammen.

Welche Rolle soll die Politik dabei spielen?
Die Politik ist entscheidend. Der Bundesrat und das Parlament setzen die Rahmenbedingungen und schaffen Anreize, damit wir nicht auf Kosten der Natur leben. Entscheidend ist auch das Mitspracherecht der Bevölkerung: Sie hat beispielsweise dafür gesorgt, dass die Schweiz nicht komplett zubetoniert wird.

Apropos Anreize: Schwere Autos wie SUVs erfreuen sich bei der Schweizer Bevölkerung wachsender Beliebtheit. Eine Fehlentwicklung? Für die Umwelt ist es natürlich besser, wenn unsere Autos weniger Benzin verbrauchen. Aber nicht nur für die Umwelt: Auch der einzelne Autobesitzer spart viel Geld.

Wie stehen Sie zu einer CO₂-Abgabe bei Benzin?
Wir haben heute andere Instrumente als eine solche Abgabe. Autohändler, die zu viele Treibstofffresser importieren, zahlen eine Busse. Die Importeure haben es also in der Hand, ob mehr Leute auf sparsame Autos umsteigen. Dieses System

lässt dem Einzelnen viel Freiheit und gibt uns gleichzeitig Werkzeuge in die Hand, damit wir unsere Klimaziele erreichen.

Wirkt das auch genug?
Die Autoimporteure haben im 2018 insgesamt fast 32 Millionen Franken Bussgeld gezahlt. Sie haben also genug Anreize, ihr Angebot anzupassen.

Und Abgaben auf Flugtickets?
Der Ständerat schlägt im neuen CO₂-Gesetz eine solche Abgabe vor: 30 bis 120 Franken pro Flug – wie viel genau, wird derzeit noch diskutiert. Die Hälfte der Einnahmen soll an die Bevölkerung zurückfließen, mit der anderen könnten wir sinnvolle Projekte finanzieren, zum Beispiel den Aufbau von Fernwärmennetzen in Gemeinden. Davon würden viele profitieren. Mit dieser Kombination aus Anreiz und Investition haben wir auch beim Heizöl gute Erfahrungen gemacht.

Und wie stehen Sie persönlich dazu?
Der Bundesrat war früher bezüglich Flugticketabgaben zurückhaltend. Inzwischen ist ihm sehr bewusst, dass wir überall ansetzen müssen, wenn wir unsere ambitionierten Klimaziele erreichen wollen und die Schweiz bis 2050 unter dem Strich kein CO₂ mehr ausspiessen soll – bei den Gebäuden, bei den Autos und, ja, auch bei den Flügen.

Deutschland hat auch schon eine CO₂-Abgabe bei Fleisch diskutiert.
Bei der Fleischproduktion muss man verschiedene Aspekte berücksichtigen. Etwa, wie das Tierfutter produziert wird und woher es stammt. Fakt ist, dass auch die Landwirtschaft

Treibhausgase verursacht und deshalb einen Beitrag zur Erreichung der Klimaziele leisten muss. Das werden wir über das Landwirtschaftsgesetz regeln. Darin ist aber keine Abgabe auf Fleisch vorgesehen.

Andere Staaten fördern den Kauf von Elektroautos und privaten Solaranlagen. Ist das für die Schweiz auch eine Option? Verschiedene Kantone zahlen bereits eine Prämie für den Kauf eines Elektroautos, und das wird auch rege genutzt. Der Bund seinerseits fördert unter anderem die Sonnenenergie. Und die hat ein riesiges Potenzial. Ich halte es für sinnvoll, diese Unterstützung zumindest noch für einige Jahre beizubehalten. Früher war Solarstrom teuer. Heute gehört er weltweit zu den billigsten Stromquellen, und ich erwarte von der Wirtschaft, dass sie diese Chance packt. Ein Flachdach ohne Solarzellen sollte es heute eigentlich nicht mehr geben.

Sie haben bei einem Besuch im Migros-Vertreibetrieb Neuendorf AG im November die zweitgrösste Solaranlage der Schweiz gesehen...

Sie belegt, was für ein Potenzial vorhanden ist. Wenn ein Unternehmen wie die Migros auf Solarenergie setzt, dann sicher auch, weil die Bevölkerung es ein Stück weit von ihr erwartet. Aber auch, weil es sich rechnet. Nicht nur die Politik kann handeln, auch die Unternehmen können das. Und einige tun es auch. Sie könnten allerdings noch mehr tun.

Wenn Sie von Potenzial sprechen: Können andere Unternehmen sich an der Migros orientieren, oder müsste auch die Migros noch mehr tun? (Lacht) Beides. Eine ökologisch ehrgeizige Migros könnte beschliessen, auf all ihren Flachdächern Solarzellen zu installieren und ihre Logistik in den Städten dieselfrei zu gestalten. Nichtsdestotrotz freut es mich, wenn Unternehmen wie die Migros der Bevölkerung zeigen, dass diese Technologien funktionieren und dass es vorwärtsgeht.

Was tun Sie im Alltag, um den eigenen CO₂-Fussabdruck zu verringern? Ein Kind hat mir kürzlich fünf einfache Energiespartipps geschickt: nur kurz lüften zum Beispiel. Daran halte ich mich, damit spare ich schon seit Langem Energie. Und ich fahre, wenn immer möglich, mit öffentlichen Verkehrsmitteln, auch als Bundesrätin. Wenn es nicht anders geht, nutze ich einen Dienstwagen und auch privat ein Auto.

Was halten Sie von Bewegungen wie Extinction Rebellion und Fridays For Future? Kommen sie Ihren Zielen entgegen? Ich begrüsse es, wenn die Klimajugend gewaltfrei Druck macht. Es geht um ihr Leben



Zur Person

Simonetta Sommaruga (59) ist Mitglied der Sozialdemokratischen Partei und gehört seit 2010 dem Bundesrat an. Bevor sie Ende 2018 das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (Uvek) übernahm, stand sie dem Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) vor. 2020 ist sie zum zweiten Mal – nach 2015 – Bundespräsidentin. Von 1999 bis 2003 war sie Nationalrätin und von 2003 bis 2010 Ständerätin des Kantons Bern. Von 2000 bis 2010 war sie zudem Präsidentin der Stiftung für Konsumentenschutz.

«Ich repräsentiere gerne eine Schweiz, die Lösungen für globale Probleme anbietet.»

Simonetta Sommaruga
Bundespräsidentin

und ihre Zukunft. Bei meinen Treffen mit Klimajugendlichen habe ich erlebt: Da sind Wissen und Neugier, aber eben auch Forderungen. CO₂-frei bis 2050 – bis dahin sind es nur noch 30 Jahre. Kinder, die heute geboren werden, leben 2100 noch.

Die Schweiz hat die neue Legislatur mit einem wesentlich grüneren Parlament begonnen. Was bedeutet das für Sie als Umweltministerin?

Die Wahlen im Herbst haben gezeigt, dass grosse Teile der Bevölkerung dem Klimaschutz mehr Gewicht geben wollen. Wir sind vom Klimawandel stark betroffen. Wenn wir im Sommer Wasser per Helikopter in die Alpen bringen müssen, weil es für die Kühe nicht mehr genug davon gibt, dann merken

doch alle, dass etwas schiefläuft. Das ökologischere Parlament muss dennoch stets dafür sorgen, dass die Bevölkerung unsere Pläne mittragen kann. Die Schweiz wird weiterhin auf Ausgleich und Kompromiss bauen.

Sie führen mit dem Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (Uvek) seit einem Jahr das umfassendste Departement der Landesregierung. Wie haben Sie sich eingelebt? Ich fühle mich sehr wohl im Uvek. Die Themen liegen mir am Herzen. Im Parlament sass ich elf Jahre lang in der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie. Nehmen wir die Energiepolitik, eins der ganz grossen Themen unserer Zeit: Wenn wir es schaffen, Sonnenenergie und Wasserkraft so aufzustellen, dass wir einen Grossteil unseres Stroms nachhaltig und im Inland produzieren können, tun wir etwas fürs Klima und schaffen Arbeitsplätze. Und wir können endlich aufhören, jedes Jahr Milliarden von Franken für Erdöl ins Ausland zu schaufeln. Der Bundesrat gibt nun noch einmal richtig Schub, um das volle Potenzial der Sonnen- und Wasserkraft auszuschöpfen.

Neben der Energie verantworten Sie auch Infrastruktur und Verkehr. Das Ansehen der SBB hat zuletzt gelitten. Können wir sie uns noch leisten?

Wir haben eine ausgezeichnete Infrastruktur, und die können wir uns auch weiterhin leisten. Aber vermutlich müssen wir unsere Prioritäten künftig anders setzen. Was nicht mehr geht: immer nur ausbauen. In den kommenden Jahren stehen der Unterhalt und die klügere Nutzung der bestehenden Infrastruktur im Vordergrund. In diesem Zusammenhang steht auch der Beschluss des Bundesrats, noch einmal kräftig in die Verlagerung der Güter von der Strasse auf die Schiene zu investieren.

2020 sind Sie zum zweiten Mal Bundespräsidentin. Man hört, die repräsentativen Aufgaben lägen nicht allen Bundesräten gleich. Wie gerne repräsentieren Sie? Termine im Ausland folgen oft einem Protokoll, entsprechend sind sie etwas steif. Ich mag es lieber etwas lockerer. Spannend wird es, wenn es am Rand zu einem informellen Austausch kommt. Da lässt sich manchmal mehr bewegen.

Repräsentieren heisst auch Auswählen. Welche Schweiz repräsentieren Sie? Für mich gibt es nur eine Schweiz, aber sie hat verschiedene Facetten. International geniessen wir einen sehr guten Ruf und können zum Beispiel unsere guten Dienste für Friedens- und Versöhnungsprozesse anbieten. Wir haben eine sehr innovative

«Wenn ich mich im Bus unterhalten kann, schätze ich das sehr.»

Wirtschaft und viel Know-how, das wir exportieren können. Ich repräsentiere gerne eine Schweiz, die Lösungen für globale Probleme anbietet, etwa in der Klimafrage. Ich war im vergangenen Oktober mit Unternehmern aus der Eisenbahn- und Energiebranche in Indien. Da habe ich gesehen, wie viel unsere Wirtschaft zu bieten hat und auch in anderen Staaten zum Klimaschutz beitragen kann.

Gibt es in diesem Jahr Termine, auf die Sie sich besonders freuen?

Ich freue mich sehr auf die Eröffnung des Ceneri-Basistunnels im September, ein unglaublich wichtiges Ereignis für das Tessin und die ganze Schweiz, letztlich auch für ganz Europa. Denn ab dann gibt es eine durchgehende Flachbahn durch die Alpen.

Eine Frage in eigener Sache an die Medienministerin: Glauben Sie, dass es das Migros-Magazin in zehn Jahren noch als gedruckte Zeitung geben wird? Das entscheidet wohl die Migros.

Und die Leserschaft. Und vielleicht auch die Politik?

Die Situation in der Medienwelt ist tatsächlich sehr schwierig. Werbeeinnahmen fließen an Plattformen im Ausland ab, die nicht den kritischen Journalismus fördern, den unsere Demokratie braucht. Da gibt es Handlungsbedarf, und ich habe gehandelt: Ich habe dem Bundesrat ein Paket unterbreitet, das sowohl Print- als auch Online-medien unterstützt. Der Staat redet bei den Inhalten nicht drein, handelt aber ein wenig als Briefträger, mit verbilligter Postzustellung und vergleichbaren Zuschüssen für Onlineportale. Das ist dringend notwendig, denn wir brauchen eine vielfältige Medienlandschaft.

Wie nutzen Sie persönlich Medien? Mein Zeitbudget ist beschränkt, aber auch mein Nutzungsverhalten hat sich verändert. Ich sehe mir die «Tagesschau» kaum noch um halb acht an, sondern dann, wenn ich kann. Zeitungen lese ich online, ich bezahle aber dafür. Auch auf Instagram und Twitter bin ich unterwegs. Fakt ist,

dass wir heute eine jüngere Generation haben, die es nicht gewohnt ist, für Medien zu bezahlen. Ich hoffe, es wird uns gelingen, die Zahlungsbereitschaft zum mindesten in Teilen aufrechtzuerhalten.

Wie ist es beim linearen Fernsehen? Wenn nicht einmal die Medienministerin die «Tagesschau» um halb acht ansieht ... Die SRG hat als öffentlich-rechtliche Institution einen klaren Auftrag für den Zusammenhalt dieses Landes mit seinen vier Sprachen und verschiedenen Kulturen. Die klare Ablehnung der No-Billag-Initiative hat gezeigt, dass die Bevölkerung diese Ansicht teilt. Auch der SRG brechen Werbeeinnahmen weg, aber als Klammer ist sie unverzichtbar und wird deshalb bestehen bleiben, davon bin ich überzeugt.

Sie haben Ihr Zeitbudget angesprochen. Wie viel Zeit bleibt für die Musik? Können Sie spontan ein Konzert besuchen? Aber ja. Warum sollte das nicht gehen?

Wir denken an den Personenschutz, ihre fremdgesteuerte Agenda ...

Also, mein einziger unverschiebbarer Termin ist die Bundesratssitzung am Mittwochvormittag, die ich im Präsidialjahr übrigens leite. Eine Aufgabe, auf die ich mich freue. In dieser Rolle bin ich auch für das «Klima» im Bundesrat zuständig.

«Klimaerwärmung» im Bundesrat? Oder was für ein Klima wünschen Sie sich? Durchaus eins, in dem man sich streiten kann. Wichtig ist, beim Mittagessen wieder zueinanderfinden zu können. Das gelingt uns meistens auch. Aber um Ihre Frage zu beantworten: Im Präsidialjahr gibt es sicher mehr Fixtermine in der Agenda. Ich empfange beispielsweise alle in der Schweiz akkreditierten Botschafter; es gibt Präsidial- und Staatsbesuche; ich nehme an internationalen Anlässen teil, etwa an der Biodiversitätskonferenz in Peking.

Die Schweiz hat ein bestimmtes Bild von ihren Bundesräten kultiviert: Sie können sich überall frei bewegen wie alle anderen Bürger auch. Ein Klischee? Nein. Wenn Sie es nicht glauben, können Sie mich beim Einkaufen auf dem Markt begleiten. (Anm. d. Red.: Gesagt, getan-siche Bilder.) Wenn ich abends um acht oder neun mit dem Bus nach Hause fahre und mich noch mit jemandem unterhalten kann, schätzt ich das sehr. Und ich glaube, die Bevölkerung schätzt es auch. Diese unkomplizierte Nähe ist sicher eine Besonderheit der Schweiz. Wäre die für mich als Bundesrätin nicht mehr möglich, wäre das ein grosser Verlust. **MM**